

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Manuel Baruschke

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Ulf Berner

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Darwin Reinhard (anwesend ab TOP 7, öff. Teil)

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Walther Schäfer

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Torsten Kastrioti

Ratsmitglied Detlef Stump

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtbaurat Nikša Marušić

Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Leiterin Kulturbüro Stela Dujakovic

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow

Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Fachbereichsleitung Rechtsamt Marion Winkel-Fiedelak

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Martin Burkhart

Ratsmitglied Thorsten Moriße

Beigeordneter Miguel Schaar/Br. Franziskus

als Gast

Geschäftsführer Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

Geschäftsführer Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven mbH Alexander Leonhardt

A. Nichtöffentlicher Teil

B. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 4 und 26

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

13.1	Unterbringung der Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft ehemaliges St.-Willehad-Gebäude (Haus A)	74/2024
13.2	Bestellung eines Mitgliedes in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse	79/2024
13.3	Satzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Wilhelmshaven	84/2024
13.4	Kommissarische Übertragung von Aufgaben - Robert Reinkemeier	91/2024
13.5	Vorbereitung des Grundsatzbeschlusses zur Verschmelzung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH auf die Wilhelmshavener Touristik und Freizeit GmbH	108/2024
14.1.1	Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag Thalasso-Gesundheitsparcours vor dem Deich	72/2024
14.1.2	Weitere Vorhaben/Projekte im Rahmen der Strukturhilfemittel Kohleausstieg	73/2024
14.2.1	Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Heil- und Pflegeanstalt Wehnen: Wilhelmshavener Beteiligung an Gedenkstättenaufbau	517/2024
14.3.1	Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen) Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 35 (VEP 035), Havermonikenstraße / Kohlenhafen 1. Zustimmung zum Durchführungsvertrag 2. Behandlung der Stellungnahmen und 3. Satzungsbeschluss	48/2024
14.3.2	Berufung der Mitglieder des Sanierungsbeirates "Westliche Südstadt"	86/2024
14.3.3	Direktvergabe Stadtbusverkehr (ÖDA) Grundsatzbeschluss zur Direktvergabe des Stadtbusverkehrs Wilhelmshaven an die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH (SWV) sowie Vorbereitung und Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt	88/2024
14.3.4	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Schaffung eines touristischen Campingplatzes am Banter See	522/2024
14.4.1	Verordnung über die Änderung der Taxenordnung	65/2024
14.4.2	Antrag Fraktion GRÜNE: Errichtung von Schwalbenhäusern im Stadtgebiet	519/2024
14.5.1	Erbbaurecht Rheinstr. 112: Erneuerung Erbbaurechtvertrag	46/2024
14.5.2	Verkauf Erbbaurechtgrundstück Banter Weg 107	81/2024
14.5.3	Groß Belt 3 - Gewerbegrundstück – Verkauf nach Ausschreibung	83/2024
14.5.4	Gemeinsamer Antrag Gruppe GRÜNE und GfW und Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Erhalt der Sporthalle Heppens	520/2024
14.5.5	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Schaffung von Reisemobilstellplätzen als dienende Nebenflächen	521/2024
14.6.1	Museumshafen - Realisierung Kapitän Meyer	10/2024
14.6.2	Antrag Ratsfrau Holtz: Querungshilfe für Fußgänger Jadeallee/Südstrand Richtung Anton-Dohrn-Weg	511/2024
14.7.1	Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven	28/2024
15.1	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Nichtöffentliche Tagesordnung	523/2024
16	Einwohnerfragestunde II (Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)	

7 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Frau Zaage erklärte sich zu Tagesordnungspunkt 14.4.1 gemäß § 41 NKomVG für befangen. Daher werde sie sich weder an der Diskussion noch an der Abstimmung beteiligen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der vorgelegten Form festgestellt.

8 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.02.2024

Herr Tönjes wiederholte sein Lob für das pünktlich vorgelegte, ausführliche Protokoll.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 21.02.2024 wird genehmigt.

9 Einwohnerfragestunde I
(Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

10 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

11 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Oberbürgermeister Feist berichtete über die Entscheidungen des Verwaltungsausschusses über zwei Anregungen:

Die Anregung zur Einrichtung echter Bürgerräte sei abgelehnt worden, der Anregung zur Beauftragung eines militärhistorischen Gutachtens zu Kommodore Friedrich Bonte entsprochen worden.

12 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist wies noch einmal auf den Festakt anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes hin:

Die Veranstaltung finde am Donnerstag, dem 23. Mai von 18 Uhr bis 19.30 Uhr als öffentlicher Stehempfang im Ratssaal statt. Catering werde nicht angeboten. Als Redner seien je ein Vertreter aus Judikative, Legislative und Exekutive vorgesehen;

die musikalische Umrahmung übernehmen die „Hubbabubba-Blues Boys“. Zusätzlich werde die Veranstaltung als Livestream im Internet zu sehen sein.

Herr Marušić bezog sich auf den Ratsbeschluss vom 28.06.2023 zu Vorlage Nr. 176/2023, mit dem unter anderem die Durchführung eines städtebaulichen Realisierungs- und Ideenwettbewerbes für die Erweiterung/Sanierung des Pumpwerkes und den Neubau einer Stadthalle im Areal vom Pumpwerkpark beschlossen worden sei. Nachdem er über den aktuellen Sachstand berichtet hatte, kündigte Herr Marušić die weitere Beratung im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung am 21.05.2024 und die Beschlussfassung in der nächsten Ratssitzung am 29.05.2024 an.

13 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Block)

13.1 Unterbringung der Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft **74/2024**
ehemaliges St.-Willehad-Gebäude (Haus A)

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.04.2024 vor.

Herr Fischer bezog sich auf Punkt der Beschlussvorlage und wies darauf hin, dass es zahlreiche Sachstände in kürzester Zeit gegeben habe. Insgesamt sei die Sache alles andere als gut gelaufen; es herrsche eine vertraglich chaotische Situation mit ungewissem Ausgang. Hier werde auf Risiko gespielt, was vor allem zu Lasten der Betroffenen gehe.

Seiner Meinung nach sei nach einer zentralen Aufnahme, die nun einmal notwendig sei, immer noch eine dezentrale Unterbringung am besten. Dies werde jedoch scheinbar nicht angestrebt.

Er appellierte, den Mietvertrag nicht auf Zwang durchzusetzen, sondern mit allen Beteiligten einen „Plan B“ zu erarbeiten, um die Integration zu fördern.

Herr Schönfelder zeigte sich irritiert hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Fischer. Das Thema sei über Monate diskutiert worden und die Verwaltung bereits habe alle erforderlichen Schritte in Richtung der Forderungen von Herrn Fischer unternommen.

Die Flüchtlingsunterkunft sei darüber hinaus nie als Dauerunterkunft gedacht gewesen. Der größte Teil der Geflüchteten sei in Wohnungen untergebracht. Auch spiele die Stadt nicht auf Risiko – der Rat sei regelmäßig über alle Schritte informiert und es sei immer begründet worden, warum eine bestimmte Lösung bevorzugt werde. Hier stelle sich bedauerlicherweise die Frage, ob das Schicksal der Geflüchteten oder finanzielle Interessen mehr wiege.

Es gebe einen geltenden Mietvertrag, der nunmehr umgesetzt werden könne; außerdem habe man sich zwischenzeitlich auch anwaltlich abgesichert.

Herr Fischer hielt dem entgegen, Segregationstendenzen würden nicht geschaffen, sie seien bereits vorhanden: nämlich im Stadtnorden und im Stadtsüden. Außerdem gebe es neben dem Insolvenzverwalter mittlerweile mit dem Vermieter eine neue Partei. Somit werde das Geschehen sehr wohl chaotisch.

Frau Kloster nahm Bezug auf die bisherige Beschlussvorlage, die von der neuen nicht erfasst werde. Aus diesem Grunde beantrage sie die folgende **Änderung**:

„Die Ziffern 1 – 4 aus der Originalvorlage werden mit allen Änderungen, wie sie in der Ratssitzung beschlossen wurden, in die Vorlage 74 neu aufgenommen.

Die Ziffern 1 – 4 aus der Vorlage NEU werden abgeändert in

1 → 5 (im Original nicht enthalten)

2 → 6

3 → 7

4 → 8 (im Original nicht enthalten).“

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Dr. Schulte** beantragte **Frau Mandt** die Nichtbefassung der Ziffern 5 bis 8 der Vorlage vom 20.03.2024.

An der Diskussion über den Geschäftsordnungsantrag von Frau Mandt beteiligten sich **Herr Schönfelder**, **Herr Dr. Weithöner**, **Herr Stoffers** und **Herr Stoermer**.

Im Zuge dessen erklärte Herr Schönfelder, dass die übrig gebliebenen Ziffern der alten Beschlussvorlage als eine Art Änderungsantrag der Verwaltung zur neuen Beschlussvorlage zu verstehen sein sollten. Die neue Vorlage beinhalte daher die übrig gebliebenen Ziffern in geänderter Form.

Frau Mandt zog daraufhin Ihren Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung zurück.

Nachdem **Frau Kloster** ihren Änderungsantrag abschließend noch einmal begründet hatte, wurde dieser bei 7 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Schön forderte die Verwaltung auf, die Flüchtlinge schnellstmöglich im ehemaligen St. Willehad-Gebäude unterzubringen. Dazu sei die neue Beschlussvorlage nicht erforderlich, die zudem erst sehr spät vorgelegt worden sei, ohne dass die Möglichkeit einer internen Abstimmung bestanden habe. Diese lehne die SPD-Fraktion daher ab.

Herr Schönfelder begründete das Zustandekommen der neuen Beschlussvorlage. Erst sei dem Mittag bestehe überhaupt Klarheit über das Erfordernis weiterer Änderungen. Der grundsätzliche Beschluss dürfe jedoch allen bekannt sein.

Herr Tönjes hielt die Forderung jetzt wieder auf den Bezug von Einzelwohnungen zu wechseln für nicht zielführend.

Herr Walpurgis bat zu beachten, dass Integration zudem nicht allein abhängig von der Unterbringung sei, sondern auch von weiteren Angeboten für die Geflüchteten. Er vertrete die Auffassung, die Verwaltung solle nunmehr „klare Kante fahren“; der Mietvertrag liege vor und diesen gelte es umzusetzen.

Frau Mandt hielt die neue Beschlussvorlage ebenfalls für nicht erforderlich: Der Rat habe die Unterbringung im ehemaligen St. Willehad-Gebäude beschlossen und

die Aufsichtsgremien der Vermieterin hätten dem Mietvertrag zugestimmt. Sie sehe daher keinen Grund für weitere Beschlüsse. Sollte es neue Optionen für den Mietvertrag geben, sollten diese verhandelt und dem Rat später zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Auch sie halte einen sofortigen Einzug für unproblematisch.

Frau Weinstock wies ebenso auf den bestehenden Mietvertrag hin. Die noch ausstehenden Restarbeiten seien schnell erledigt und dann müsse die Stadt den Einzug umsetzen. Aus diesem Grund beantrage sie die **Nichtbefassung zur Vorlage Nr. 74/2024 NEU**.

Der Geschäftsordnungsantrag von Frau Weinstock wurde nach Wortmeldungen der **Herren Heinemann, Fischer** und **Schönfelder** bei 37 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Beschluss: Nichtbefassung

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Der Sach- und Rechtsstand, insbesondere nach der Gerichtsverhandlung am 19.3.2024 über den Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die von der Eigentümerversammlung beschlossene Änderung der Teilungserklärung zur Nutzung des Hauses A als Flüchtlingsunterkunft wird zur Kenntnis genommen.
2. Einer Verlängerung der Nutzung des DeWi-Gebäudes in der Ebertstraße 96 längstens bis zum Ende des Schuljahrs 2023/2024 wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine möglichst kurzfristige anderweitige Unterbringung zu prüfen und dem Rat als Alternative zur Beschlussfassung vorzulegen, sofern die Unterkunft im St. Willehad-Gebäude nicht bezogen werden kann.
4. Die Verwaltung wird grundsätzlich ermächtigt, den abgeschlossenen Mietvertrag auch auf die Dauer der Nutzung von einem Jahr ab Einzug abzuändern und einen bis zu 120.000 € höheren Mietzins für das erste Jahr zu entrichten, wenn dadurch das Haus A zeitnah bezogen werden kann. Weiterhin soll der Mietvertrag eine Klausel enthalten, dass sich die Stadt nach der Mietdauer von einem Jahr zu einem Auszug innerhalb von drei Monaten verpflichtet, wenn der Insolvenzverwalter oder ein neuer Eigentümer des Hauses B dies gegenüber der Vermieterin verlangt.
5. Die Verwaltung wird weiterhin ermächtigt, als Gläubigerin in dem Insolvenzverfahren über das Vermögen des Eigentümers des Hauses B zu beantragen, eine kurzfristige Gläubigerversammlung mit dem Ziel einberufen zu lassen, den Insolvenzverwalter zur Zustimmung der unter Ziffer 4. entwickelten Lösung und eines entsprechenden

Beschlussvorschlages in der Eigentümerversammlung zu bewegen.

6. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, eine gutachterliche Bewertung des Verkehrswertes des Hauses B vornehmen zu lassen. Danach soll ein politischer Beschluss über mögliche Ankaufsverhandlungen mit dem Insolvenzverwalter herbeigeführt werden.
7. Nach einer Entscheidung des Gerichts im vorläufigen Rechtsschutzverfahren ist dem Rat eine neue Beschlussvorlage vorzulegen.

13.2 Bestellung eines Mitgliedes in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse **79/2024**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.04.2024 vor.

Herr Heinemann schlug Herrn Olaf Werner vor.

Herr Werner wurde daraufhin bei 38 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung **einstimmig** als Mitglied in den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse gewählt.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven wählt

Herrn Olaf Werner

zum Mitglied für den Allgemeinen Beirat der Oldenburgischen Landesbrandkasse.

13.3 Satzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Wilhelmshaven **84/2024**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.04.2024 vor.

Anschließend beantragte er für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung**:

„§ 1 Abs. (4) = Der Titel Ehrenbürger kann posthum verliehen werden.

Aus Abs. (4) würde dann Abs. (5).

§ 2 Abs. (d) = Ergänzung „verstorben / posthum geehrten Person“

§ 3 Abs. (3) = Änderung in „Öffentlicher Sitzung“

An der Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Stoffers, Herr Block, Herr Ehlers, Frau Dr. Kirstges, Herr Stoermer, Herr Schön, Herr Walpurgis, Oberbürgermeister Feist, Herr Berner, Herr Dr. Weithöner, Herr Dr. Schulte, Herr Tönjes** und **Herr Baruschke**.

Dabei wurde besonders die Frage erörtert, ob eine Aussprache in öffentlicher Sitzung zugelassen werden solle. Einerseits bestanden Bedenken, ob der zu ehrenden Person damit nicht gegebenenfalls Schaden zugefügt würde, zum Beispiel durch eine Ablehnung. Dem gegenüber stand das Argument, dass es sich bei einem möglichen Ehrenbürger um eine Persönlichkeit in exponierter Stellung handele und es ohnehin entsprechende Regularien gebe, um die Diskussion bei Bedarf in die nichtöffentliche Sitzung zu verschieben.

Herr Stoffers widersprach im Verlauf der Aussprache einer En-bloc-Abstimmung über den Änderungsantrag.

Die **getrennte Abstimmung** über den Änderungsantrag ergab das folgende Ergebnis:

§ 1 Abs. (4) = Der Titel Ehrenbürger kann posthum verliehen werden.

Aus Abs. (4) würde dann Abs. (5).

Beschluss: einstimmig zugestimmt

§ 2 Abs. (d) = Ergänzung „verstorben / posthum geehrten Person“

Beschluss: einstimmig zugestimmt

§ 3 Abs. (3) = Änderung in „Öffentlicher Sitzung“

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 26 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Herr Ehlers brachte daraufhin den folgenden **Änderungsantrag** für die CDU-Fraktion ein:

„§ 3 Abs. 3 hinter „Sitzung“ wird eingefügt: „ohne Aussprache“.“

Dazu meldeten sich die **Herren Schönfelder, Schön, Dr. Weithöner** und **Dr. Schulte** zu Wort. Alle Redner sahen den Vorschlag als kritisch.

Der **Änderungsantrag** wurde anschließend bei 10 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(inklusive Änderung)

Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten „Satzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Wilhelmshaven“ zu.

13.4 Kommissarische Übertragung von Aufgaben - Robert Reinkemeier **91/2024**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.04.2024 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Herrn Robert Reinkemeier werden vorbehaltlich der Vorlage eines einwandfreien erweiterten Führungszeugnisses für die Dauer von zwei Jahren die Aufgaben des Stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Sengwarden kommissarisch übertragen.

13.5 Vorbereitung des Grundsatzbeschlusses zur Verschmelzung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH auf die Wilhelmshavener Touristik und Freizeit GmbH **108/2024**

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.04.2024 vor.

Oberbürgermeister Feist warb um Zustimmung zum Beschlussvorschlag und dankte beiden Geschäftsführern für deren Vorarbeit. Da einer der beiden in Ruhestand gehe, halte er es für einen guten Zeitpunkt, über eine Neuaufstellung nachzudenken. Nachdem er die Vorteile einer Verschmelzung aufgezeigt hatte, betonte er, dass es dabei nicht darum gehe, Arbeitsplätze zur Disposition zu stellen oder gar abzubauen. Vielmehr sollten die Kernkompetenzen aus beiden Gesellschaften ergänzt werden. Die Vorstellung des Ergebnisses der Untersuchung werde zum Jahresende erfolgen.

Herr Heinemann bestätigte die Aussagen von Oberbürgermeister Feist. Die Verschmelzung sei im Übrigen im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen bereits vollzogen worden. Anschließend skizzierte er den Weg der weiteren Beschlussfassung über die Verschmelzung.

Herr Block betonte, auch die SPD-Fraktion habe gegen eine Fusionierung generell nichts einzuwenden; die bereits vollzogenen hätten bisher gute Erfolge gezeigt. Jedoch müsse vor einem Grundsatzbeschluss immer erst eine Prüfung mit ausführlicher Diskussion des Ergebnisses stehen. Einen Grundsatzbeschluss bereits im Sommer zu fassen halte man hingegen für verfrüht. Daher stelle er den folgenden **Änderungsantrag:**

*„Streiche „einen Grundsatzbeschluss zur“
Setze „eine“*

*Streiche „vorzubereiten“
Setze „zu prüfen“*

*Streiche „zur Beschlussfassung“
Setze „das Ergebnis zur Prüfung“*

Herr Tönjes stimmte dem Änderungsantrag zu, mahnte aber gleichzeitig, Kultur nicht unter wirtschaftlichen Aspekten zu betrachten.

Herr Dr. Schulte empfahl, dem Beschlussvorschlag wie von der Verwaltung vorgelegt zuzustimmen.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 27 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 16:30 Uhr bis 16:45 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Diskussion.

Auch **Herr Stump** signalisierte die Zustimmung der AfD-Fraktion zum Beschlussvorschlag.

Herr Diers skizzierte abschließend die Arbeit der WTF, die sich in den letzten Jahren vom Verlustbringer zum Zugpferd habe entwickeln können. Er dankte seinen Mitarbeitern ausdrücklich für deren Unterstützung. Nach einem Ausblick auf die nächste Zukunft erklärte, die Gesellschaft werde sich nun in die Verschmelzungsarbeit hineinbegeben.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 40 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme)

Der Rat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ~~einen Grundsatzbeschluss zur~~ **eine** Verschmelzung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH und der Wilhelmshavener Touristik und Freizeit GmbH ~~vorzubereiten~~ **zu prüfen** und dem Rat ~~zur Beschlussfassung~~ **das Ergebnis zur Prüfung** vorzulegen.

(geändert auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat am 17.04.2024)

14 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat14.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen
(Beigeordneter Heinemann)14.1.1 Verwendung Kohlestrukturhilfen; Zustimmung zum Förderantrag Thalasso-Gesundheitsparcours vor dem Deich **72/2024**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 15.04.2024 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven befürwortet das Projekt „Thalasso-Gesundheitsparcours vor dem Deich“ und empfiehlt die Antragstellung im Rahmen der Strukturmittel Kohleausstieg Wilhelmshaven-Friesland

14.1.2 Weitere Vorhaben/Projekte im Rahmen der Strukturhilfemittel Kohleausstieg **73/2024**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 15.04.2024 vor.

Frau Mandt meldete sich im Auftrag des Orsrates zu Wort: Die Vorlage Nr. 601/2023, mit der die kommunale Wärmeplanung für den Bereich Sengwarden und Fedderwarden entwickelt werden sollte. Dieser Antrag sei jedoch trotz Beschlusses noch nicht bearbeitet mit dem Hinweis auf die kommunale Wärmeplanung. Laut Beschluss sollte die Verwaltung beauftragt werden, für die kommunale Wärmeplanung in den Bereichen Sengwarden und Fedderwarden Gespräche mit den Betreibern der Umspannwerke bzw. Konverteranlagen zur Nutzung der Abwärme einzuleiten. Ziel dieser Gespräche sollte es sein, die Abwärme als Fernwärme in die kommunale Wärmeplanung für die Ortsbereiche Sengwarden und Fedderwarden in der ersten Stufe zu nutzen. Sie wolle daher die Verwaltung namens des Orsrates bitten, dieses Projekt voranzutreiben und nicht erst auf die kommunale Wärmeplanung zu warten.

Herr Diers berichtete, dass weitere Projekte auf die nächste Förderperiode verschoben worden seien, da für die aktuelle Förderperiode das Küstenmuseum Priorität habe.

Herr Ehlers erinnerte an den ursprünglichen Sinn der Kohlestrukturhilfen. Dieser möge bei jedem Projekt hinterfragt werden.

Herr Fischer hielt dem entgegen, dass die Verbesserung des kulturellen Angebotes ein wichtiger weicher Standortfaktor sei und die Region nicht nur für die Arbeitgeber, sondern auch für die zukünftigen Bewohner attraktiv werden müsse.

Beschluss: zur Kenntnisnahme

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die Projekte zur Kenntnis.

14.2 Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Ratsfrau Weinstock)

14.2.1 Antrag Gruppe GRÜNE und GfW: Heil- und Pflegeanstalt Wehnen: 517/2024
Wilhelmshavener Beteiligung an Gedenkstättenaufbau

Frau Kloster brachte den Antrag inklusive der folgenden **Änderung** ein und begründete diesen anschließend.

„1. (bleibt erhalten)

2. Das Kulturbüro Wilhelmshaven nimmt Kontakt zum Verein „Gedenkkreis Wehnen e. V.“ auf und informiert sich regelmäßig über geplante Erweiterungsprojekte der Ausstellung.

3. Die Mitglieder des Rates sind zeitnah zu informieren, sollte ein Ersuchen an die Stadt für eine Teilfinanzierung des Gedenkstättenumbaus gestellt werden. Die Planung für den Gedenkstättenumbau ist dann im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft vorzustellen.“

Frau Weinstock erinnerte daran, dass damals auch viele Menschen aus Wilhelmshaven betroffen gewesen seien. Sie halte es für wichtig, bei diesem Thema immer auf dem Laufenden zu bleiben.

Herr Heinemann stellte fest, es handele sich unzweifelhaft um eine wichtige Angelegenheit. Jedoch seien die beiden Punkte des Änderungsantrages auch ohne Ratsbeschluss möglich.

Herr Schön stimmte der Aussage von Herrn Heinemann zu. Das Kulturbüro sollte nicht nur nach Wehnen Kontakt halten, sondern mit allen betroffenen Gedenkstätten.

Frau Weinstock warf ein, dass ein Ratsbeschluss an diesem Umstand nichts ändere.

Herr Stump signalisierte seine Zustimmung zum Änderungsantrag. Die Verbrechen der Nationalsozialisten seien unentschuldbar.

Nachdem **Frau Kloster** abschließend für den Änderungsantrag plädiert hatte, wurde dieser bei 17 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: mehrheitlich **abgelehnt**
(bei 10 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

1. In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Spaltungen, dem Erstarken rechtsextremer Tendenzen und dem Antisemitismus ist die Stärkung der Erinnerungskultur demokratischer Auftrag und eine Aufgabe unserer Stadt und ihrer Gedenkkultur. Das Leid und die Entrechtung von Minderheiten wie Menschen mit Einschränkungen dürfen sich nie wiederholen und müssen von allen demokratischen Kräften bekämpft werden. Nie wieder ist jetzt.
2. Im Rahmen einer Projektförderung trägt die Stadt Wilhelmshaven den Umbau der „Alten Malerwerkstatt“ und die Neukonzipierung der Ausstellung des Gedenkkreises Wehnen mit einem Anteil von 1/18 der anfallenden Kosten über den Zeitraum von drei Jahren bis zu einer maximalen Summe von 50.000 Euro mit.

14.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

14.3.1 Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen) Vorhaben-und Erschließungsplan Nr. 35 (VEP 035), Havermonikenstraße / Kohlenhafen 1. Zustimmung zum Durchführungsvertrag 2. Behandlung der Stellungnahmen und 3. Satzungsbeschluss **48/2024**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.04.2024 vor.

Herr Tönjes legte seine Bedenken gegenüber dem Beschlussvorschlag dar und **widersprach einer En-Block-Abstimmung**.

Herr Schön begrüßte die vorgenommenen Anpassungen. Die „Renitenz“ seiner Fraktion habe sich schließlich für alle Beteiligten gelohnt.

Nachdem **Herr Marušić** über den aktuellen Sachstand berichtet hatte, beantragte **Herr Tönjes** die **Vertagung**, da Vieles noch immer einige Fragen zu klären seien.

Sein Vertagungsantrag wurde daraufhin bei 7 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Fischer zeigte sich anschließend erfreut über den erfolgten Dialog zur Verbesserung und Klarstellung.

Auch **Herr Ehlers** verkündete, dass er aufgrund des Letter of Intent und der Bebauungsplanung, die nunmehr eine Entwicklung von Alba zulasse, seinen Widerstand aufgeben könne. Hier sei die Erhaltung von Arbeitsplätzen wichtiger als die Interessen von Investoren. Auch wenn er persönlich nach wie vor skeptisch dem Vorhaben gegenüberstehe, hoffe er doch auf eine positive Entwicklung für die Südstadt.

Frau Mandt sah durch die Beschlussfassung die Arbeitsplätze bei Alba grundsätzlich als nicht gefährdet an. Endlich werde jedoch der jahrzehntelange Schandfleck, den das Grundstück darstelle, beseitigt. Vorstellbar seien jedoch noch Änderungen der CDU-Fraktion an der Ausgestaltung des Letter of Intent und des Eckpunktepapiers.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Stoermer** dankte **Frau Kloster** für Möglichkeit zur erneuten Beratung. Diese sei notwendig gewesen, um die vom Sanierungsbeirat vorgebrachten Inhalte zu Papier bringen und in den neuen Durchführungsvertrag einfließen lassen zu können.

Herr Block beantragte daraufhin für die SPD-Fraktion die folgende **Ergänzung**:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zwischen der Firma Alba Metall Nord GmbH ein Eckpunktepapier zur erarbeiten und zur nächsten Ratssitzung zur Abstimmung vorzulegen.“

Dem Änderungsantrag wurde bei 38 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Die getrennte Abstimmung ergab das folgende Ergebnis:

- 1) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen) und Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 35 (VEP035) Havermonikenstraße/ Kohlenhafen zu und ermächtigt den Stadtbaurat zu dessen Unterzeichnung.

- 2) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt Seite 01 bis Seite). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

- 3) **Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das

zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBL. I S. 4147) geändert worden ist, i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP 035) – Havermonikenstraße/ Kohlenhafen – Zusatz: aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB) als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 22.02.2024 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigelegt.

4) Änderungsantrag der SPD-Fraktion (siehe oben)

Beschluss: getrennte Abstimmung

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen) und Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 35 (VEP035) Havermonikenstraße/ Kohlenhafen zu und ermächtigt den Stadtbaurat zu dessen Unterzeichnung.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt Seite 01 bis). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.
3. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBL. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBL. I S. 4147) geändert worden ist, i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 40, 6. Änderung (vorhabenbezogen) / Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP 035) – Havermonikenstraße/ Kohlenhafen -) als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 22.02.2024 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigelegt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zwischen der Firma Alba Metall Nord GmbH ein Eckpunktepapier zu erarbeiten und zur nächsten Ratssitzung zur Abstimmung vorzulegen.

(ergänzt auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat am 17.04.2024)

14.3.2 Berufung der Mitglieder des Sanierungsbeirates "Westliche Südstadt" 86/2024

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.04.2024 vor.

Herr Tönjes wies darauf hin, dass die neuen Mitglieder in der letzten Sitzung des Beirates bereits mit abgestimmt hätten.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft die in der Anlage aufgeführten Personen zu Mitgliedern des Sanierungsbeirates „Westliche Südstadt“ sowie deren Vertretungen (Stand 05.03.2024).

14.3.3 Direktvergabe Stadtbusverkehr (ÖDA) Grundsatzbeschluss zur Direktvergabe des Stadtbusverkehrs Wilhelmshaven an die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH (SWV) sowie Vorbereitung und Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt 88/2024

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 09.04.2024 vor.

Frau Mandt stellte für den Ortsrat fest, dass die Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt nichts über den Inhalt des öffentlichen Dienstleistungsauftrages enthalte. Im Ortsratsgebiet sei man daher mit den zuständigen Gremien der Stadt und der Weser-Ems-Bus in Verhandlungen darüber, wie der ÖPNV im Stadtnorden verbessert werden könne. Diese Aussage bat Frau Mandt ins Protokoll aufzunehmen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

1. Die Stadt Wilhelmshaven beabsichtigt, der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH (SWV) einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag gemäß Art. 3 Abs. 1 VO (EG) 1370/2007 im Wege einer Direktvergabe nach Art. 5 Abs. 1 S. 1 VO (EG) 1370/2007 i.V.m. § 108 GWB über die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsdienste im Zuständigkeitsbereich der Stadt Wilhelmshaven ab dem 01.11.2025 über einen Zeitraum von 10 Jahren zu erteilen.

2. Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird beauftragt, in Abstimmung mit der SWV, sämtliche erforderliche Maßnahmen für die Vorbereitung der Direktvergabe zu ergreifen. Dies umfasst insbesondere die Erstellung und Veröffentlichung der Vorabbekanntmachung im Sinne von Art. 7 Abs. 2 VO 1370/2007 sowie den Entwurf des öffentlichen Dienstleistungsauftrags gemäß Art. 3 Abs. 1 VO 1370/2007. Der Entwurf des öffentlichen Dienstleistungsauftrags ist im Vorfeld der Vergabe zur finalen Beschlussfassung dem Stadtrat vorzulegen.

14.3.4 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Schaffung eines touristischen Campingplatzes am Banter See **522/2024**

Herr Fischer brachte den Antrag ein. Da er die Notwendigkeit einer Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz und im Betriebsausschuss GGS sehe, beantrage er die **Verweisung** an diese Fachausschüsse.

Der Verweisungsantrag wurde **einstimmig angenommen**.

Beschluss: an Fachausschuss **verwiesen**

Der Rat beschließt,
Die Verwaltung wird beauftragt, die planerischen Voraussetzungen für einen touristischen Campingplatz gemäß Standortuntersuchung am Südufer des Banter See (WHV; 001; 98/21) zu schaffen und dabei eine eventuell notwendige Verkleinerung der Sandmagerrasenfläche umfangreich zu kompensieren.

14.4 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)

14.4.1 Verordnung über die Änderung der Taxenordnung **65/2024**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 03.04.2024 vor.

Herr Brandt erklärte, er werde den Beschlussvorschlag aufgrund der zusätzlichen Kosten für Rollstuhlfahrer ablehnen. Aus diesem Grund **beantrage** er die Streichung § 12 Abs. 1.

An der Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Ehlers, Herr Dr. Schulte, Frau Kloster, Herr Fischer** und **Herr Block**.

Alle Redner standen dem Änderungsantrag ablehnend gegenüber. Zum einen habe die gleiche Diskussion bereits bei der letzten Änderung gegeben, zum anderen seien die erhöhten Kosten aufgrund des erhöhten Aufwandes zum Unterbringen von Rollstühlen gerechtfertigt. Bei einer Streichung dieser Gebühr laufe man Gefahr, dass künftig kein Unternehmen mehr entsprechend ausgerüstete Fahrzeuge anschaffe und den Rollstuhlfahrern eine entsprechende Beförderungsmöglichkeit fehle.

Herr Brandt blieb bei seiner Auffassung und hielt den Änderungsantrag aufrecht.

Der Änderungsantrag wurde daraufhin bei 2 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen (bei Nichtbeteiligung von Frau Zaage) **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen, ohne Beteiligung von Frau Zaage)

Der Rat beschließt die beigefügte 5. Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Betrieb von Taxen sowie über die Beförderungsentgelte und- bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Wilhelmshaven (Taxenordnung).

14.4.2 Antrag Fraktion GRÜNE: Errichtung von Schwalbenhäusern im Stadtgebiet **519/2024**

Frau Kloster erklärte, die Fraktion **ziehe diesen Antrag zurück** und bringe ihn zu einem späteren Zeitpunkt neu ein.

14.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)

14.5.1 Erbbaurecht Rheinstr. 112: Erneuerung Erbbaurechtvertrag **46/2024**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 04.04.2024 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat stimmt der Erneuerung des Erbbaurechts für die „Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH“ (GPS) an dem Grundstück Rheinstr. 112 mit einer Gesamtfläche von 10.611 m² zu einem Erbbauzins in Höhe von 42.706,24 €/Jahr für die Dauer von fünf Jahren bis zum 31.12.2029 zu.

Der Rat stimmt ferner folgenden Vertragsmodalitäten zu:

- Verlängerungsoption für weitere fünf Jahre bis zum 31.12.2034
- Einräumung eines Vorkaufsrechts gem. § 1094 BGB für die GPS.

14.5.2 Verkauf Erbbaurechtgrundstück Banter Weg 107 **81/2024**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 04.04.2024 vor.

Herr Schön, Herr Block, Herr Walpurgis, Herr Stump und Herr Brandt sprachen sich gegen die Vorlage aus, da damit der Abriss des „Tannenhofes“ verbunden sei. Derart alte Gebäude gelte es als kulturelle Güter und Teil der Stadtgeschichte zu schützen, zumal ohnehin nur noch wenig historische Substanz in der Stadt erhalten sei. Außerdem wurde auf einen früheren Ratsbeschluss verwiesen, mit dem der Verkauf des Tannenhofes abgelehnt worden sei. Im Übrigen seien auch Zweckbauten wie der Tannenhof durchaus interessant und erhaltenswert. Es wurde vorgeschlagen gemeinsam mit der GPS nach Alternativen zu suchen.

Herr Tönjes, Frau Mandt, Herr Stoermer und Herr Fischer vertraten eine andere Auffassung: Bei dem Gebäude handele es sich um einen Zweckbau, dessen

Nutzungsdauer ausgereizt sei. Eine weitere Nutzung des Gebäudes für eine zumutbare Unterbringung junger Menschen könne so nicht mehr sichergestellt werden. Zudem sei das Grundstück mit dem Gebäude nicht zu erschließen. Wolle man von Tradition sprechen, sollte eher der soziale Gedanke der GPS fortgeführt werden, anstatt an einem alten Gebäude festzuhalten. Auch müsse anerkannt werden, dass hier eine Beschlussvorlage eingebracht und die Möglichkeit zur Diskussion eröffnet worden sei, da dies laut einem früheren Ratsbeschluss gar nicht erfolgen müsse. Dieser Ratsbeschluss besage, dass Grundstücksverkäufe zum Bodenrichtwert dem Rat gar nicht vorgelegt werden müssten.

Herr Marušić fügte ergänzend hinzu, dass die Stadt damals der GPS ein bereits 80 Jahre altes Gebäude übergeben habe. Nach nunmehr 40 Jahren guter Pflege sei eine Sanierung schlicht nicht mehr wirtschaftlich. Die Alternative bestehe in einer Rücknahme des Gebäudes, für das es keine Nutzung gebe und dessen Unterhaltung weiteren finanziellen Aufwand bedeute.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 32 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen – darunter Herr Schön und Herr Brandt, beide SPD-Fraktion und Herr Walpurgis, Gruppe Die BUNTEN – und 1 Enthaltung)

Der Rat stimmt dem Verkauf des Erbbaurechtgrundstücks Banter Weg 107 (Gemarkung Rüstringen, Flur 9, Flurstück 2217/39) mit einer Gesamtfläche von 8.745 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 45,-- €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 393.525,-- € an die Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH (GPS) zu.

14.5.3 Groß Belt 3 - Gewerbegrundstück – Verkauf nach Ausschreibung

83/2024

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 04.04.2024 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat stimmt dem Verkauf des Gewerbegrundstückes in Groß Belt 3 (Gemarkung Rüstringen, Flur 11, Flurstück 36/49) mit einer Gesamtfläche von 2.783 m² zu einem Verkaufspreis in Höhe von 36,00 €/m² und daraus resultierend einer Gesamtsumme in Höhe von 100.192,00 € an Herrn Martin Willing, Lindenstraße 10b, 26382 Wilhelmshaven zu.

14.5.4 Gemeinsamer Antrag Gruppe GRÜNE und GfW und Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Erhalt der Sporthalle Heppens **520/2024**

Herr Bulla brachte den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Heinemann beantragte für die CDU-Fraktion die folgende **Änderung**, die dem Antrag vorangestellt werden sollte:

„Im ersten Schritt erhält die Verwaltung den Prüfauftrag, bis September 2024 für die Sporthalle Grundschule Heppens den Investitionsbedarf und die Auslastung festzustellen.“

Oberbürgermeister Feist gab zu bedenken, dass die beiden Haupt-Nutzergruppen, nämlich Schulen und Vereine, rückläufige Mitglieder- bzw. Schülerzahlen zu verzeichnen hätten. Andererseits seien bei den Sporthallen mittlerweile zusätzliche Flächen dazugekommen, so dass er den Bedarf nicht erkenne, diese Sporthalle zu erhalten. Dies könne sich die Stadt aufgrund der Haushaltslage ohnehin nicht leisten. Sollte dieser Antrag angenommen werden, müssten an anderer Stelle Maßnahmen gestrichen werden. Sosehr er den Antrag emotional nachvollziehen könne, sei dieser finanziell nicht begründbar und zusätzlich personelle Ressourcen bindend. Er rate daher dringend, diesen Antrag abzulehnen.

An der Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Block, Herr Walpurgis, Frau Weinstock, Herr Stump, Herr Schoolmann, Herr Schönfelder, Herr Baruschke, Herr Bruns, Herr Schön** und **Herr Ehlers**.

Die Ratsmitglieder signalisierten ihre Zustimmung zum Antrag, aber auch zu einem vorgeschalteten Prüfauftrag angesichts wieder steigender Schülerzahlen und dem Ratsbeschluss einer Einrichtung einer Grundschule in Heppens. Dort müsse auch die Möglichkeit zum Schulsport gegeben sein.

Herr Schönfelder verwies auf die bestehende Schul- und Sportentwicklungsplanung. Er habe Verständnis dafür, wenn Bedarfe für den Erhalt gesehen würden, doch müssten diese zunächst genau ermittelt werden, bevor weitere Schritte zur Planung unternommen würden.

Herr Bruns verwies auf die Haushaltslage. Jede Maßnahme koste Geld, und die Stadt sei mittlerweile an der Obergrenze der Finanzierbarkeit angekommen. Da die Stadt ohnehin Verluste zu verzeichnen habe, könne der Haushalt nicht beliebig aufgestockt werden. Er gab abschließend zu bedenken, dass Kredite nicht mehr genehmigt würden, sollte der Stadt bis zum Ende des Planungszeitraumes ein Ausgleich nicht möglich sein. Und ein Ausgleich sei nicht möglich, wenn nicht mehr auf die entstehenden Kosten geachtet werde.

Der **Änderungsantrag** wurde anschließend bei 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 37 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen)

Im ersten Schritt erhält die Verwaltung den Prüfauftrag, bis September 2024 für die Sporthalle Grundschule Heppens den Investitionsbedarf und die Auslastung festzustellen.

Die Sporthalle Heppens wird unabhängig der Entscheidung zum Standort der „Neuen Grundschule“ am Standort Heppens erhalten. Die Verwaltung wird daher beauftragt entsprechende Finanzmittel in die Wirtschaftspläne der jeweiligen Gesellschaft zum Wirtschaftsplan 2025 ff einzuplanen.

(ergänzt auf Antrag der CDU-Fraktion im Rat am 17.04.2024)

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde die Sitzung für eine **Pause von 18:19 Uhr bis 18:32Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der letzten Vorlage des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude.

14.5.5 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Schaffung von Reisemobilstellplätzen als dienende Nebenflächen **521/2024**

Herr Fischer brachte den Antrag inklusive einer Änderung ein und begründete diesen.

Der mit Änderung eingebrachte Beschlussvorschlag lautete:

*„Der Rat beschließt,
die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorhandenen Voruntersuchungen schnellstmöglich mehrere Flächen im Stadtgebiet vorzugsweise als „dienende Nebenanlagen zur vorhandenen Infrastruktur“ zur Nutzung durch Reisemobile mit einer maximalen Anzahl von je 15 oder mehr Reisemobil-Stellplätzen und begrenzter Aufenthaltsdauer auszuweisen.“*

Nach zustimmenden Wortmeldungen von **Herrn Baruschke** und **Herrn Walzner** erfolgte die Abstimmung inklusive der vorgenommenen Änderungen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat beschließt,
die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der vorhandenen Voruntersuchungen schnellstmöglich mehrere Flächen im Stadtgebiet **vorzugsweise** als „dienende Nebenanlagen zur vorhandenen Infrastruktur“ zur Nutzung durch Reisemobile mit

einer maximalen Anzahl von je 15 **oder mehr** Reisemobil-Stellplätzen und begrenzter Aufenthaltsdauer auszuweisen.

(geändert auf Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW im Rat am 17.04.2024)

14.6 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
[Ratsherr Moriß]

14.6.1 Museumshafen - Realisierung Kapitän Meyer

10/2024

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 05.04.2024 vor.

Nach einer Wortmeldung von **Frau Stomberg**, die darauf verwies, dass die Folgekosten durch die Eintrittsgelder nicht zu kompensieren seien, stellte **Frau Heide** für die SPD-Fraktion folgenden **Änderungsantrag**:

„3. Das Drehbuch für die virtuelle Hafenrundfahrt ist vor der Nutzung dem Kulturausschuss und dem Rat zur Abstimmung vorzulegen.“

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Tönjes**, der den Änderungsantrag als überflüssig deklarierte, bat **Frau Heide** abschließend um Zustimmung.

Der **Änderungsantrag** wurde 13 Ja-Stimmen, 25-Nein Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Tönjes teilte mit, dass er der Vorlage zwiespältig gegenüberstehe und sich daher enthalten werde.

Positiv äußerten sich die **Herren Dr. Schulte, Stump, Dr. Weithöner, Herr Fischer** und verwiesen darauf, dass die Museumsschiffe Touristen anlocken und somit wertschöpfend für den Tourismus in Wilhelmshaven seien.

Herr Ehlers hielt die vorgelegten Zahlen für unrealistisch. Eine virtuelle Hafenrundfahrt entspräche nach ein paar Jahren nicht mehr dem aktuellen Stand. Eine angegebene Nutzungsdauer von 20 Jahren sei somit unrealistisch. Er kritisierte die dargestellte Finanzierung. **Herr Marušić** verwies darauf, dass die finanziellen Auswirkungen der aktuellen Vorlage Null Euro seien. Verändert habe sich nur die Fördersumme die dazu führe, dass das Projekt in einer deutlich größeren Größenordnung umgesetzt werden könne.

Weitere kritische Stimmen zu den Folgekosten erfolgten durch **Frau Mandt, Herrn Walpurgis** und **Frau Weinstock**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 31 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen)

Der Rat beschließt

1. Das Projekt „Erweiterung des Küstenmuseums Wilhelmshaven um einen Museumshafen“ mit der Realisierung des Projektes Kapitän Meyer, (Instandsetzung, Ausstellung und virtuelle Hafenrundfahrt) wie in der Begründung dargestellt weiterzuführen.
2. Die Umsetzung der Realisierungsphase 4 (Instandsetzung der Kapitän Meyer, Ausstellung und virtuelle Hafenrundfahrt auf der Kapitän Meyer), unter der Voraussetzung, dass der Fördermittelbescheid für die BKM Mittel in Höhe von 5,095 Mio. Euro vorliegt.

Die aktuellen Gesamtkosten für den Museumshafen in Höhe von 10,401 Mio. Euro bei einer Gesamtförderung BKM, NBank und ArL in Höhe von 8,661 Mio. Euro werden zur Kenntnis genommen.

14.6.2 Antrag Ratsfrau Holtz: Querungshilfe für Fußgänger **511/2024**
Jadeallee/Südstrand Richtung Anton-Dohrn-Weg

Herr Hager beantragte die **Vertagung** mit der eindringlichen Bitte, die Zahlen der Verkehrszählung zu liefern.

Herr Marusic informierte, dass die Zahlen am Morgen in der Verkehrskommission besprochen worden seien und somit im nächsten TBW Ausschuss vorgestellt und besprochen werden können.

Dem Vertagungsantrag von **Herrn Hager** wurde bei 41 Ja-Stimmen **einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **vertagt**

Der Rat der Stadt beschließt eine Querungshilfe für Fußgänger im Bereich Jadeallee/Südstrand Richtung Anton-Dohrn-Weg (siehe Anlage).

14.7 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Hager)

14.7.1 Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von **28/2024**
Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven

Herr Hager trug den Beschlussvorschlag aus dem Jugendhilfeausschuss vom 10.04.2024 vor und brachte folgenden **Änderungsantrag** ein:

1. Die zu beschließende Tabelle wird durch die nachstehende ersetzt.

2. Die Staffelung wird alle zwei Jahre auf Aktualität überprüft.

3. Die Verwaltung wird angewiesen, bei der Novellierung der Beitragssätze für die Kindertagespflege eine gemeinsame Tabelle auf den Weg zu bringen.

Stufe	Jahres-Netto-Einkommen	%-Satz
1	Bis 17.000,99	0
2	17.001,00€ bis 20.000,99€	0
3	20.001,00€ bis 25.000,99e	87,5
4	25.001,00€ bis 30.000,99e	100
5	30.001,00€ bis 35.000,99€	115
6	35.001,00€ bis 45.000,99€	125
7	45.001,00€ bis 55.000,99€	135
8	55.001,00€ bis 65.000,99€	150
9	Ab 65.001,00€	165

Herr Schönfelder verwies auf darauf, dass erhebliche finanzielle Auswirkungen entstehen würden und bat darum, den Änderungsantrag abzulehnen.

Frau Stomberg bekundete Ihre Zustimmung zum Änderungsantrag.

Nach weiteren Wortmeldungen der **Herren Stump, Schönfelder** und **Fischer**, zweifelte **Herr Ehlers** an, dass die soziale Komponente der Familienförderung berücksichtigt sei. Daher sei der Gleichheitsgrundsatz verletzt. **Herr Schönfelder** informierte, dass man die finanziellen Auswirkungen nur schwer rechnen könne, da bisher eine anders gestaffelte Beitragstabelle gelte. Diese Tabelle mit dem Haushaltsnettoeinkommen sei eine gängige Tabelle, die man in nahezu allen Kommunen mit leichten Abwandlungen antreffen würde. Er gehe davon aus, dass dies geprüft und rechtlich gesichert sei. Er bot an, zur nächsten Sitzung des Fachausschusses das nochmal nachzuliefern. Durch die Tabelle würde keine Ungleichbehandlung entstehen. **Herr Dr. Weithöner** sah in der Tabelle bereits umfangreiche Sozialkompetenz. **Herr Baruschke** vermisste Zahlen, die **Herr Schönfelder** für den Rat nachliefern wollte.

Nach einem abschließenden Wortbeitrag von **Herrn Hager** wurde der Änderungsantrag bei 16 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 28 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen)

Die Änderung der Staffelung der Kostenbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der Stadt Wilhelmshaven wird in der anliegenden Fassung beschlossen. Der Beschluss 4/2013 wird ersetzt.

15 Anträge15.1 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Nichtöffentliche Tagesordnung **523/2024**

Herr Dr. Schulte brachte den Antrag ein und begründete diesen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 32 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1er Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:
Die zu veröffentlichende Tagesordnung des Rates und der Ausschüsse wird um die nicht öffentlich zu beratenden Tagesordnungspunkte erweitert.

16 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Es lag keine Frage vor.
Die Einwohnerfragestunde wurde geschlossen.

Abschließend gab **Herr von den Berg** eine persönliche Erklärung ab und teilte mit, dass er als stellvertretender Ratsvorsitzender zum 29.05.2024 zurücktrete und um Neuwahl in der nächsten Ratssitzung bitte.

Ende der Sitzung: 19:26 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez. / gez.

Rogel/Ajwasow
Protokollführung